



I N H A L T

| | |
|--|----------|
| Perspektiven für schwer vermittelbare Arbeitslose und Arbeitslose unter 25 Jahren | 2 |
| Fortsetzung des Mandats im Kosovo | 3 |
| Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern | 3 |
| Klimaschutz in Entwicklungsländern voranbringen | 4 |
| 7. Familienbericht | 4 |
| Menschenrechtsdebatte | 5 |
| Rechte der Roma sichern | 5 |
| Jahresbericht des Wehrbeauftragten | 6 |
| Förderung des Fahrradtourismus | 6 |
| Emissionshandel | 7 |
| Schienenlärm bekämpfen | 7 |
| Zukunftsgerichtete Meerespolitik | 8 |
| Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur | 8 |

V O R W O R T

Liebe Genossin, lieber Genosse,

auf unsere Initiative hin haben wir in dieser Woche zwei neue Arbeitsmarktprogramme auf den Weg gebracht, mit denen wir deutlich machen, dass wir Sozialdemokraten niemanden abschreiben. Mit den Programmen für Beschäftigung und Ausbildung helfen wir 100.000 Erwerbslosen und 50.000 jugendlichen Arbeitslosen, die ansonsten keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt hätten.

Im Koalitionsausschuss haben wir beim Thema Mindestlohn einen ersten Schritt in die richtige Richtung machen können. Bedenkt man, wie schwierig es war, die Union dazu zu bewegen, einer Erweiterung des Entsendegesetzes lediglich auf die Gebäudereinigerbranche zuzustimmen, ist es ein Fortschritt, dass sie jetzt bereit sind, weitere Branchen im Entsendegesetz aufzunehmen. Aber das reicht uns natürlich nicht. Wir kämpfen weiter für den Mindestlohn. Es darf bei uns keine sittenwidrigen Löhne geben.

Bei der Pflegeversicherung konnten wir Vereinbarungen treffen, die eine sozialdemokratische Handschrift tragen. Die Leistungen und die Strukturen werden verbessert. Leider war die Union nicht bereit, den im Koalitionsvertrag vereinbarten Risikoausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung mit zu tragen. Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung Pflege, damit die notwendigen Leistungen gerecht und solidarisch finanziert werden.

Eine schöne Woche wünscht

Eure Petra Ernstberger

I M P R E S S U M

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz der Republik
11011 Berlin

Redaktion und Texte:

Vera Nicolay
Jutta Bieringer, Nicola Heller, Anja Linnekugel, Stefan Schutz
redaktion@spdfraktion.de
Telefon: 030-227-51099

Redaktionsschluss: 22.6., 12.00 Uhr

T O P T H E M A

Perspektiven für schwer vermittelbare Arbeitslose und Arbeitlose unter 25 Jahren

Die Konjunktur zieht an. Die Arbeitslosigkeit geht stetig zurück. Im Mai hatten wir insgesamt 732.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist um über 355.000 zurückgegangen. Diese positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt löst jedoch nicht alle Probleme, sie kommt nicht bei allen Arbeitslosen an.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur insgesamt noch zu hoch, sie ist auch unter den Erwerbspersonen sehr ungleich verteilt. Für viele Langzeitarbeitslose besteht aktuell und mittelfristig keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Ihre Zahl wird auf 100.000 bis 600.000 Personen geschätzt. Auch die Zahl der Altbewerber, d. h. derjenigen Jugendlichen, die schon im Vorjahr oder früher eine Ausbildungsstelle gesucht haben, ist dramatisch angestiegen. Im letzten Jahr lag ihr Anteil bereits bei über 50 Prozent. Dies ist eine regelrechte Bugwelle, die wir vor uns herschieben.

Um diesen Menschen eine Perspektive zu geben, wurden am 21. Juni von SPD und CDU/CSU zwei Gesetzentwürfe in 1. Lesung beraten. Dabei geht es um das Konzept „Perspektive für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen“, welches auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion vereinbart wurde.

Mit zwei milliardenschweren Programmen für Beschäftigung und Ausbildung soll 100.000 ansonsten chancenlosen Erwerbslosen und 50.000 jugendlichen Arbeitslosen geholfen werden:

Der Gesetzentwurf zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen (Drs. 16/5715) sieht vor, dass im SGB II ein Beschäftigungszuschuss als neue Arbeitgeberleistung eingeführt wird. Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmonatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist. Arbeitgeber werden mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent unterstützt. Die Förderdauer beträgt in aller Regel 24 Monate. Zudem sind pauschalierte Kostenzuschüsse für eine begleitende Qualifizierung möglich.

Mit dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen (Drs. 16/5714) sollen bildungsschwache Jugendliche und junge Erwachsene, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die Chance erhalten, sich am Arbeitsplatz zu bewähren und ihre Qualifikation zu verbessern. Der Gesetzentwurf sieht daher die Einführung eines Eingliederungszuschusses und eines Qualifizierungszuschusses zum 1. Oktober 2007 vor. Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss dagegen auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss ab. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen. Der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Bruttoarbeitsentgelts geleistet. Bei der Förderung werden höchstens Bruttoarbeitsentgelte von 1.000 Euro monatlich zugrunde gelegt. 15 Prozentpunkte werden für die Qualifizierung verwendet. Hierbei können auch Qualifizierungsbausteine oder die noch zu entwickelnden Ausbildungsbausteine genutzt werden. Damit soll das Nachholen des Berufsabschlusses erleichtert werden.

A U S S E N

Bundeswehreinsatz im Kosovo verlängert

Der Deutsche Bundestag hat am 21. Juni 2007 auf Antrag der Bundesregierung die nochmalige Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Kosovo bis Mitte Juni 2008 beschlossen (Drs. 16/5600, 16/5753).

Die Mission, die auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basiert, ist erstmals im Juni 1999 durch den Deutschen Bundestag beschlossen und seitdem mehrmals verlängert worden. Die Präsenz der Sicherheitstruppe Kosovo Force - KFOR - gewährleistet auch weiterhin die militärische Absicherung der Friedensregelung des Sicherheitsrates für das Kosovo. Derzeit hat Deutschland etwa 3.000 Soldaten zu diesem Einsatz entsandt.

Die Lage im Kosovo ist ruhig und stabil. Es bestehen aber nach wie vor ethnische Gegensätze. Die Mehrheit der kosovo-albanischen Bevölkerung bemüht sich dennoch, auch in der Hoffnung auf eine baldige Unabhängigkeit, darum, den Statusprozess nicht durch erneute Ausschreitungen zu stören. Bis zum Sommer will die internationale Gemeinschaft eine Lösung für den im November 2005 eingeleiteten Prozess zur Bestimmung des künftigen Status für das Kosovo erreichen. Angesichts der Spannungen mit Serbien dringt die kosovarische Regierung auf eine vollständige Unabhängigkeit und erhält dafür Unterstützung vor allem von den USA. Russland warnt hingegen davor, die Statusfrage des Kosovo ohne Zustimmung Serbiens zu klären. Die serbische Regierung will eine Loslösung ihrer Südprovinz verhindern und bietet stattdessen eine „überwachte Autonomie“ an.

B I L D U N G

Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern

Der Bundestag hat am 21. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen „Junge Menschen fördern - Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern“ (Drs. 16/5730) beraten. Damit bringen wir eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen für Altbewerber und benachteiligte Jugendliche auf den Weg. In Deutschland gibt es 300.000 so genannte Altbewerber, d.h. Bewerber, die mindestens im zweiten Jahr auf Ausbildungssuche sind. Indem wir auch die gesetzlichen Fördermöglichkeiten betrieblicher Ausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit im Arbeitsförderungsrecht erweitern wollen, leiten wir einen Paradigmenwechsel ein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr ein Konzept „Jugend - Ausbildung und Arbeit“ zu entwickeln, das insbesondere folgende Vorschläge aufgreift:

- Die Eingliederung von benachteiligten Altbewerbern in betriebliche Ausbildung durch Eingliederungszuschüsse fördern. Dabei sollen ausschließlich zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für Altbewerber mit personen- und eignungsbezogenen Vermittlungshemmnissen gefördert werden, wie z. B. Lernbeeinträchtigungen oder fehlende Schulabschlüsse.
- Vorbildliches Ausbildungsverhalten von Betrieben honorieren, indem für die entsprechenden Betriebe die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung reduziert werden.
- Der Einsatz von Paten soll ausgebaut und systematisiert werden.
- Die Aufteilung der Zuständigkeiten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung zwischen BA und Trägern der Grundsicherung noch einmal überprüfen.

E N T W I C K L U N G

Klimaschutz in Entwicklungsländern verstärken

Der Bundestag hat am 22. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen „Klimawandel global und effizient eindämmen: Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen“ (Drs. 16/5740) beraten.

Vom Klimawandel ist unsere gesamte Erde betroffen, vor allem aber sind es die Entwicklungsländer. Der Großteil der Industriestaaten als Hauptverursacher der Erderwärmung hat damit begonnen, den Ausstoß der klimagefährdenden Emissionen zu senken und ist aktuell dabei, seine Anstrengungen auszubauen. Zudem tragen die Industriestaaten eine Verantwortung gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern. Der Antrag von CDU/CSU und SPD verfolgt das Ziel, Klimaschutz als globale Aufgabe anzugehen und die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker einzubinden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dazu ihre technische und finanzielle Unterstützung zum Aufbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft und den Transfer klimafreundlicher Technologie durch marktwirtschaftliche Anreize und flankierende Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. Gestärkt werden soll die Zusammenarbeit Deutschlands mit diesen Ländern auf den Gebieten des Natur- und Ressourcenschutzes, Katastrophenrisiko- und Küstenmanagements, der klimagerechten Landnutzungsplanung, Infrastrukturauslegung und im Bereich der Landwirtschaft. Dazu gehört auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung von speziell auf die Bedürfnisse dieser Länder ausgerichtete Umwelttechnologien. Der Ausbau verantwortungsvoller Regierungsführung, der Rechtssysteme und der Kapazitäten für den Klima- und Umweltschutz sowie Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern sollen weiter gefördert werden.

F A M I L I E

Siebter Familienbericht

Der Bundestag hat am 22. Juni den Siebten Familienbericht der Bundesregierung „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ debattiert (Drs. 16/1360, 16/4211). Dieser belegt: Die von der SPD eingeschlagene Richtung in der Familienpolitik auf der Grundlage des Mixes aus Infrastruktur, Zeit und Geld ist die richtige.

Die Lebensentwürfe von jungen Frauen und Männern haben sich verändert. Sie wollen Erwerbstätigkeit und Elternschaft miteinander verbinden. Die Sachverständigenkommission zum Siebten Familienbericht stellt jedoch fest, dass hierfür mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren sowie ganztägige Betreuungsangebote für Kinder im Kindergarten- und Schulalter notwendig sind. Mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf ‚Betreuung ab Eins‘ haben wir wichtige familienpolitische Ziele erreicht: Die Entwicklungschancen unserer Kinder werden verbessert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso. Die Union fordert in diesem Zusammenhang zusätzliche Hilfen für Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Darüber werden wir in der nächsten Wahlperiode beraten. Wir halten diese Forderung für geradezu kontraproduktiv. Sie käme einer Prämie für die Nichtinanspruchnahme staatlicher Leistungen gleich. Gerade Familien mit geringen Einkommen würden eher diese Prämie zur Aufbesserung des Familieneinkommens in Anspruch nehmen, als im Interesse des Kindes das Betreuungsangebot anzunehmen. Unser Ansatz, die Entwicklungschancen der Kinder zu verbessern, würde konterkariert. Letztlich wird aus der Unionsforderung deren antiquiertes Familienbild deutlich.

M E N S C H E N R E C H T E

Menschenrechtsdebatte im Bundestag

Der Deutsche Bundestag hat am 21. Juni über die Unterrichtung durch die Bundesregierung zum „EU-Jahresbericht 2006 zur Menschenrechtslage“ debattiert (Drs. 16/4635, Nr. 2.2, 16/5603). In diesem Zusammenhang hat der Bundestag auch den Antrag der Koalitionsfraktionen „Stärkung der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union“ (Drs. 16/3607, 16/4497) beschlossen.

Durch den Beschluss des Bundestages macht die Koalition deutlich, dass sie auch auf europäischer Ebene ihre erfolgreiche Menschenrechtspolitik fortsetzen will. Es gibt nach wie vor Handlungsbedarf in diesem Bereich, der nachhaltig ausgestaltet werden muss. Dies betrifft den Vertrag über eine Europäische Verfassung, Menschenrechtsklauseln in Assoziierungsverträgen, die Entsendung von Menschenrechtsbeobachtern in EU-Missionen oder auch die EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die diesbezüglichen Schwerpunkte während der deutschen Ratspräsidentschaft lagen dabei institutionell in der Ausgestaltung der VN-Menschenrechtsrats.

Hüter der Menschenrechte ist insbesondere der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Die Zahl der Beschwerden vor dem EGMR ist enorm gestiegen. Dies bestätigt seinen Erfolg. Mit dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Antrag der Koalition „Den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte reformieren und durch die konsequente Befolgung seiner Urteile stärken“ (Drs. 16/5734), setzen sich CDU/CSU und SPD für institutionelle Reformen sowie für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Gerichtshofes ein.

M E N S C H E N R E C H T E

Rechte der Roma in Europa sichern

In 1. Lesung hat der Bundestag am 22. Juni den Antrag der Koalitionsfraktionen „Die Rechte der Roma in Europa stärken“ (Drs. 16/5736) beraten.

Roma als größte ethnische Minderheit Europas werden vielfach diskriminiert und benachteiligt. Ziel der Koalitionsfraktionen ist, dass sich im „Jahrzehnt der Integration 2005-2015“ die Lage der Roma erheblich verbessert, sowohl durch nationalstaatliche und europäische Maßnahmen als auch durch Integrationsanstrengungen der Roma selbst.

Sowohl EG- und EU-Vertrag, Abkommen des Europarates und OSZE-Standards verbieten Diskriminierungen und stärken die Rechte von Minderheiten. Im erweiterten Europa leben etwa 10 Millionen Roma und Sinti. Auch wenn sich ihre individuelle Lebenswirklichkeit stark unterscheidet, sind viele Roma Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt. Politisch und gesellschaftlich sind sie wenig integriert. Roma leiden besonders stark unter Bildungs- und Gesundheitsdefiziten und an nicht angemessenem Wohnraum. Die Probleme, mit denen Roma konfrontiert sind, haben ihre Ursachen in den Mehrheitsgesellschaften, aber auch in den Roma-Verbänden selbst. So sind Mädchen und Frauen in den patriarchalisch geprägten Familienverbänden erheblich benachteiligt. Um die Lage von Roma zu verbessern, müssen Regierungen, Roma und Nicht-Roma gemeinsam Verantwortung übernehmen. Die Koalitionsfraktionen wollen erreichen, dass die geplanten Integrationsmaßnahmen greifen und die Roma auch selbst Veränderungsbereitschaft mitbringen, so dass diese künftig ein Leben führen, in dem sie ihre Rechte als Minderheit und als gleichberechtigte Bürger eines Staates besser wahrnehmen können.

S I C H E R H E I T

Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2006

Der Bundestag hat in dieser Woche über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten der Bundesregierung für das Jahr 2006 debattiert (Drs. 16/4700). Der Bericht beschreibt Missstände bei der Bundeswehr und basiert unter anderem auf Eingaben und Beschwerden von Soldatinnen und Soldaten. Im vergangenen Jahr sind insgesamt 5.918 Eingaben und Beschwerden eingegangen. Dies entspricht einer Zunahme von 5,7 Prozent im Vergleich zu 2005 (5.601 Eingaben).

Auch 2006 befand sich die deutsche Bundeswehr in nahezu allen Teilen der Welt in Auslandseinsätzen, ohne dass es zu einer nennenswerten Entlastung gekommen wäre. Neu zu nennen sind im letzten Jahr die Einsätze in der Demokratischen Republik Kongo und vor der Küste des Libanon. Der Wehrbeauftragte kritisiert in diesem Jahr auch Fehlverhalten von Vorgesetzten, das nicht nur auf Einzelfälle beschränkt sei. Diese würden nicht immer konsequent verfolgt und geahndet. Art und Umfang der festgestellten Defizite zeigten grundsätzliche Schwächen im Führungsverhalten auf, die eine nachhaltige, übergreifende Reaktion im Bereich von Ausbildung und Dienstaufsicht erforderten. Probleme gebe es noch immer bei der Infrastruktur. Dies betreffe auch den baulichen Zustand von Kasernen.

Der Wehrbeauftragte besucht - grundsätzlich unangekündigt - Standorte der Bundeswehr im Inland. Mindestens einmal im Jahr bereist er auch alle wesentlichen Einsatzgebiete der Truppe im Ausland. Dies stößt auf breite Zustimmung bei den Soldatinnen und Soldaten.

T O U R I S M U S

Fahrradtourismus fördern

Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend zu fördern, ist das Ziel eines gemeinsamen Antrags von CDU/CDU und SPD (Drs. 16/3609, 16/5635). Über 50 Prozent der Fahrradtouristen entschieden sich für einen Urlaub im Inland. Die Nachfrage aus dem Ausland nach radtouristischen Angeboten in Deutschland ist ebenfalls groß. Die Attraktivität des Fahrradtourismus führt nicht nur zu Wachstum im Tourismus, sondern wirkt sich auch bei Fahrradunternehmen positiv aus.

Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob beim Bundesverkehrsministerium eine länderübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet werden kann, die sich mit Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Infrastruktur sowie der Abstimmung zwischen Bundesministerien und den Ländern und Kommunen befasst.

Ebenso sollen Länder und Kommunen den Ausbau und die einheitliche Ausschilderung von Radwegen voranbringen. Die Regierung wird ferner aufgerufen, zusammen mit den Ländern Aus- und Neubauten von Radwegen in der Nähe von Flüssen und Wasserwegen in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus muss die Qualität der touristischen und baulichen Infrastruktur entlang der Radfernrouen regelmäßig geprüft werden. Vorgeschlagen wird darüber hinaus die Errichtung einer zentralen Stelle für die Vermarktung des Fahrradtourismus. Die fahrradtouristischen Angebote sollen stärker mit dem Städte- und Kulturtourismus sowie mit wassertouristischen Angeboten vernetzt werden. Schließlich sollen sich Länder und Gemeinden darum bemühen, die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu verbessern.

U M W E L T

Emissionshandel vorangebracht

Am 22. Juni hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Koalitionsentwurf zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel im Hinblick auf die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012 (Drs. 16/5240, 16/5769) beschlossen.

Das Zuteilungsrecht regelt den Handel mit Zertifikaten für den Ausstoß von CO₂-Emissionen für den Zeitraum 2008 bis 2012. Deutschland wird seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll einhalten können und damit dem Klimawandel entgegentreten. Die neuen Regelungen sind wesentlich anspruchsvoller als die der ersten Zuteilungsperiode von 2005 bis 2007. Der Emissionshandel wird einfacher und transparenter gestaltet. Das Budget der zu handelnden CO₂-Emissionsmenge wurde um 57 Millionen auf 453 Millionen Tonnen pro Jahr gesenkt. Die Veräußerung von fast 10 Prozent der CO₂-Zertifikate ist ein großer Fortschritt. Damit sollen die Milliardengewinne der Stromkonzerne, die diese ungerechtfertigter Weise während der laufenden Zuteilungsperiode erzielt haben, zumindest zum Teil abgeschöpft werden. Die Einnahmen aus der Veräußerung der CO₂-Zertifikate werden in konkrete Klimaschutzmaßnahmen investiert. Für das Zuteilungsverfahren wurde ein System anspruchsvoller Standards entwickelt. Bisher geltende Sonderregelungen wurden gestrichen. Auf Privilegien für die Braunkohle wurde verzichtet. Trotzdem bleibt dieser Brennstoff weiterhin wettbewerbsfähig gegenüber anderen fossilen Energieträgern. Damit konnte ein fairer Ausgleich zwischen Klimaschutzzielen und wirtschaftlichen Anliegen, vor allem mit Blick auf die Arbeitsplätze in der ostdeutschen Braunkohleindustrie erreicht werden.

V E R K E H R

Schieneilärm bekämpfen

Am 21. Juni hat der Deutsche Bundestag dem Antrag der SPD und der CDU/CSU „Schieneilärm ursächlich bekämpfen“ (Drs. 16/4562, 16/5293) abschließend zugestimmt.

Im Jahre 2006 hat der Güterverkehr auf der Schiene in Deutschland deutlich zugenommen. Mehr Schienengüterverkehr wird aber nur akzeptiert, wenn die Lärmbelastung der Anwohner so weit wie möglich reduziert wird. Ein wesentlicher Teil der vom Schienengüterverkehr ausgehenden Lärmbelastungen resultiert aus dem Rad-Schiene-System der Güterwagen. In dem Antrag fordert deshalb der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft darauf hinzuwirken, dass von der Europäischen Kommission kurzfristig geeignete Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden. Die auf europäischer Ebene eingeführten lärmreduzierten Grenzwerte für neue Güterwagen sollen schnellstmöglich auch von den bereits genutzten Güterwagen eingehalten werden. Diese sollen deshalb schnell mit modernen Verbundstoffbremssohlen ausgerüstet werden. Die DB Netz AG wird aufgefordert, ihr Trassenpreissystem so zu gestalten, dass Lärmauswirkungen des Schienengüterverkehrs bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden können.

Darüber hinaus soll das Problem der Lärmbelästigung durch den grenzüberschreitenden Verkehr gelöst werden. Ansonsten bliebe auch bei einer kompletten Umrüstung der deutschen Güterwagen ein erheblicher Teil des Lärmproblems bestehen. Auf europäischer Ebene sind entsprechende Maßnahmen bereits in Vorbereitung. Lobend wird das von der Bundesregierung vorgestellte nationale Verkehrslärmschutzpaket erwähnt, welches das Verkehrslärmproblem verkehrsträgerübergreifend betrifft.

V E R K E H R

Für eine zukunftsgerichtete europäische Meerespolitik

Der Deutsche Bundestag hat am 21. Juni mehrheitlich dem Antrag der Koalitionsfraktionen „Für eine zukunftsgerichtete europäische Meerespolitik“ (Drs. 16/5731) zugestimmt. Mit dem Antrag nimmt der Deutsche Bundestag zum Grünbuch der Europäischen Kommission Stellung.

Der Zustand der Meere bestimmt maßgeblich das Klima auf der Erde. Darüber hinaus ist der Schutz der Meere auch mit Blick auf die große ökonomische Bedeutung des maritimen Sektors von großer Bedeutung. In Deutschland sind rund 300.000 Menschen in der Hafenwirtschaft und im Bereich der maritimen Dienstleistung tätig. Dies unterstreicht die Bedeutung, die der maritime Sektor hat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im vergangenen Jahr eine Exzellenzstrategie für den Schiffbau vorgelegt, die auch als Vorbild für die Europäische Union dienen kann. Die deutschen Seehäfen haben vorgemacht, wie man erfolgreich maritime Netzwerke knüpfen kann. Bisher isoliert betrachtete Wirtschaftsbereiche sollen europaweit enger miteinander verzahnt werden. Innovationen sowie Forschung und Entwicklung sollen einen stärkeren Stellenwert erhalten. Mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Infrastrukturplanung hat die SPD-Bundestagsfraktion dafür bereits den Weg frei gemacht. Nun muss auch die Europäische Union zusätzliche Mittel für die Meeresforschung bereitstellen. Nur so sind Innovationen in den Bereichen Schiffsantriebstechnik, Energieeffizienz und beim Einsatz regenerativer Energien möglich.

W I R T S C H A F T

Regionale Wirtschaftsstruktur intensivieren

Die Globalisierung und der europäische Erweiterungsprozess verschärfen den Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze. Vor allem strukturschwache Regionen geraten dabei unter Druck. Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen ist daher Ziel eines Antrages der Regierungsfractionen (Drs. 16/5607), um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, regionale Wirtschaftsstrukturen zu stärken und die regionale Wirtschaftsförderung als eine der Prioritäten der Wirtschaftspolitik zu optimieren. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden die ostdeutschen Regionen in Gänze und auch westdeutsche strukturschwache Regionen gefördert. Diese sollen ermuntert werden, regionale Entwicklungsstrategien und -konzepte aufzustellen. Außerdem sollen auf europäischer Ebene die regionalpolitischen Ansätze erhalten bleiben. Da die regionale Infrastrukturförderung im Vorfeld der Antragstellung im Unterausschuss für regionale Wirtschaftspolitik umstritten war, soll die Infrastrukturförderung in Zukunft intensiver evaluiert und besser zwischen den Fachpolitiken abgestimmt werden.

Erstmals sind die Regionen nicht nach Ost und West getrennt, sondern in einem gesamtdeutschen Modell bewertet worden. Die aktuelle Fördergebietskarte macht deutlich, dass es auch in den alten Ländern regionale Problemlagen gibt, die unterstützt werden müssten. Sie zeigt aber auch, wie wichtig die Gemeinschaftsaufgabe nach wie vor für die gezielte Investitionsförderung in Ostdeutschland ist.